

Protokolleintrag vom 11.06.2003

Von Dr. Doris Weber (FDP) und Hans Bachmann (FDP) ist am 11.6.2003 folgendes *Postulat* eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, inwieweit auf die Aufhebung der oberirdischen Parkplätze, welche bei der anstehenden Erweiterung bzw. Inbetriebnahme des Jelmoli-Parkings gemäss Baubewilligung eliminiert werden müssen, ganz oder teilweise verzichtet werden kann.

Begründung:

Mit der Baubewilligung für die Erweiterung des Jelmoli-Parkings um 120 öffentliche Parkplätze hat sich der Stadtrat, anscheinend gemäss den Grundsätzen des Kommunalen Verkehrsplans (Historischer Kompromiss: Aufhebung oberirdischer Parkplätze beim Bau unterirdischer Anlagen), zur Aufhebung von 110 bisher oberirdisch angelegte Parkplätze im Nahbereich von 400 Meter Gehdistanz verpflichtet. Die Inbetriebnahme der neuen unterirdischen Parkplätze kann nur erfolgen, wenn die Aufhebung realisiert wird. Insbesondere ist das Gros der aufzuhebenden Parkplätze im Raum obere Löwenstrasse vorgesehen. Die dort geschäftenden Unternehmen des Detailhandels wehren sich dagegen und reklamieren – zu Recht! und mit Einsprachen – eine klare Benachteiligung ihrer Standorte.

In Tat und Wahrheit ist der sogenannte Historische Kompromiss nie und nimmer für die Verschiebung von grösseren Zahlen öffentlicher Parkplätze von einem Stadtteil/Strassenzug zu einem anderen vorgesehen gewesen. Im Gegenteil: Gemäss gültigem Text im Kommunalen Verkehrsplan ist die Realisierung von unterirdischen Parkplätzen in der Innenstadt dann angezielt bzw. abschliessend vorgesehen, wenn dadurch „auf einem städtebaulich empfindlichen Gebiet oberirdische Parkplätze entfernt“ werden können. Dass dies im Bereich Löwenstrasse offensichtlich nicht der Fall ist, leuchtet jedermann ein. Die Anwendung des Historischen Kompromisses für die Parkraumpolitik der Stadt Zürich bei der Erweiterung des Jelmoli-Parkhauses ist deshalb nicht statthaft. Im übrigen ist die detaillierte Bezeichnung der Aufhebung von oberirdischen Parkplätzen am Gemeinderat vorbeigegangen – es geht nicht an, dass der Stadtrat solche verkehrspolitischen brisanten Entscheide alleine bewerkstelligen kann.